

CDU-Fraktion (Antrag Nr. 1644/2008)

Eingereicht am 12.06.2008 um 12:30 Uhr.

Ratsversammlung

Antrag der CDU-Fraktion zum Friedhof Nackenberg

Antrag

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fordert die Verwaltung auf, zur Frage der Kostenaufteilung für den denkmalgeschützten Bereich eine einvernehmliche Lösung mit der Evangelisch-lutherischen Petrigemeinde zu finden, damit der Stadteilfriedhof Nackenberg wiedereröffnet wird. Dabei ist davon auszugehen, dass die Kosten sachgerecht sowie nach der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Parteien aufgeteilt werden.

Begründung

Der Rat beschloss am 4. Mai 2006, dass der Wiedereröffnung des Stadteilfriedhofes Nackenberg zugestimmt wird, wenn die gesamte Friedhofsfläche mit sämtlichen Baulichkeiten der Kirchengemeinde mit allen Rechten und Pflichten als Eigentum übertragen würde. Mit dem Schreiben vom 10. April 2008 hat die Kirchengemeinde nochmals Vergleichsbereitschaft signalisiert und nachdrücklich den Rat aufgefordert, eine einvernehmliche Lösung mit ihr zu treffen.

Der Verwaltung widerfährt durch die Übertragung des Friedhofes keine zusätzliche finanzielle Belastung. Die Landeshauptstadt Hannover trägt derzeit 100 % der Denkmalkosten - im Falle der Übertragung lediglich 75%.

Die Übernahme des Friedhofes durch die Petrigemeinde stellt ein seelsorgerlich begründetes Anliegen dar und entspricht dem Bedürfnis vieler Bürgerinnen und Bürger vor Ort, ihrer Trauer angemessenen Ausdruck verleihen zu können. Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger im Bezirk Buchholz-Kleefeld ist es demnach, ortsnah beigesetzt zu werden oder Angehörige dort bestatten zu können. Insbesondere ältere oder gehbehinderte Hinterbliebene in den betroffenen Stadtbezirken können die Friedhöfte und Seelhorst nur mit erheblichem Aufwand erreichen.

Rainer Lensing
Vorsitzender

Hannover / 16.06.2008